

Glauben an künftige Generationen weitergeben

Für Religiosität und Bindung an die Kirche spielten die Pfarrerinnen und Pfarrer eine entscheidende Rolle, sagte Professor Gerhard Wegner in seiner Zusammenfassung der fünften EKD-Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung. Ebenso wichtig sei das diakonische Engagement der Kirche und deren Hinwendung zu Familien.



Zum ersten Mal nach drei Jahren tagt die Landessynode wieder im Hospitalhof in Stuttgart

Dem Leiter des sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zufolge ist besonderes Augenmerk vor allem auf die Taufbereitschaft und die Weitergabe des Glaubens an künftige Generationen zu richten, weniger auf die Kirchenaustritte: 73 Prozent der Kirchenmitglieder wollten sicher nicht austreten und weitere elf Prozent in absehbarer Zeit nicht: „Das ist die stabilste Situation, die wir jemals gemessen haben. Das ist ein ermutigendes und tolles Ergebnis“, sagte Wegner. Die Bereitschaft von Evangelischen, ihr Kind evangelisch taufen zu lassen, liege zwar insgesamt bei 90 Prozent. Von den kaum oder überhaupt nicht kirchenverbundenen Gemeindegliedern wünschten

aber nur noch 59 Prozent eine Taufe für ihre Kinder. „Das muss zu Überlegungen führen, was wir da tun können“, appellierte Wegner an die Synodalen. Problematisch sei auch die Tatsache, dass 34 Prozent der Evangelischen eine religiöse Kindererziehung für nicht wichtig hielten: „Wer

nicht als kleines Kind mit Glauben und Kirche positiv in einen Zusammenhang gekommen ist, für den ist später die Chance sehr gering, dass das noch funktioniert“, warnte Wegner.

Der persönliche Kontakt zur Gemeindepfarrerin oder zum Pfarrer sei von entscheidender Bedeutung für die Kirchenbindung und die eigene Religiosität, erklärte Wegner. Umso wichtiger sei es nun zu fragen, warum der persönliche Kontakt innerhalb der letzten zehn Jahre von 52 auf 38 Prozent drastisch zurückgegangen sei. Diese Frage sei deswegen so wichtig, weil das Engagement und die Bindung zur Kirche deutlich ansteige, wenn der Gesprächskontakt zum Pfarrer oder der Pfarrerinnen dazukomme.

Für die Ausstrahlung der evangelischen Kirche in die Gesellschaft hinein seien drei Brückenfaktoren entscheidend, erklärte Wegner: „Das Vertrauen der Evangelischen in die Diakonie ist mit 84 Prozent erwartungsgemäß sehr groß und umso

>> Lesen Sie weiter auf Seite 2

2/2014

Aktuelle Stunde:
Synode diskutiert über bewaffnete Drohnen

Seite 4

Mittelfristige
Finanzplanung

Seite 6

Auf dem Weg zum
Reformationsjubiläum

Seite 7

>> *Glauben an künftige Generationen weitergeben*

Fortsetzung von Seite 1

höher, je verbundener die Menschen der Kirche sind.“ Auch Bildungsangebote, vor allem in evangelischen Kindergärten und Schulen, hätten eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz. Schließlich sei Religion auch als zivilgesellschaftliches Angebot wichtig: Gottesdienste bei Bundestagseröffnungen, Gottesdienste bei Katastrophen, Notfallseelsorge und Telefonseelsorge leisteten wertvolle Dienste für die Integration der Gesellschaft.

„Wir brauchen starke Ortsgemeinden, mit denen sich die Menschen gern verbinden“, betonte Maïke Sachs (Lebendige Gemeinde): „Denn Kirchengemeinden sind die Orte, an denen Glaubensüberzeugungen mit dem Alltag in Beziehung gebracht werden.“ Kirche müsse zudem in das Gemeinwesen hineinwirken und missionarisch sein „durch Präsenz bei Festen, durch unkomplizierte Nachbarschaftshilfe oder durch gottesdienstliche Angebote in Zeiten von Leid und Erschütterung.“ Junge Menschen bräuchten in allen Veränderungsprozessen eine gewichtige Stimme, forderte Maïke Sachs: „Sie sind es, die in 30, 40 und 50 Jahren in dieser Kirche leben werden.“ Sie verwies darauf, dass die Kirche gegenwärtig eine gute Basis, ein hohes Ansehen und die Finanzen für innovative Prozesse habe. Sie appellierte an die Synodalen, nicht zu lange zu überlegen, sondern nach vorne zu denken und eine zukunftsfähige Kirche zu gestalten.

Martin Plümicke (Offene Kirche) fragte: „Sind nicht die zunehmende Gewalt in unserer Gesellschaft, das immer weiter um sich greifende Konkurrenzdenken, die zunehmende Zahl an psychischen Erkrankungen Zeichen einer gottlosen Gesellschaft?“ Er ergänzte: „Eigentlich müsste es eine Sehnsucht nach einer Gesellschaft geben, die sich an biblischen Werten wie Frieden und Gerechtigkeit orientiert.“ Als Vertreter „einer prophetisch, politischen Kirche“ zeigte er sich erschrocken darüber, „dass nur 51 Prozent der

befragten Evangelischen Werte wie Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden für ein religiöses Thema halten und dass gar nur 47 Prozent der Evangelischen der Meinung sind, dass Kirche sich zu politischen Grundsatzfragen äußern sollte.“ Plümicke sagte mit Verweis auf die politischen Botschaften der Propheten oder der Bergpredigt: „Da läuft was falsch!“ Er forderte, die Kirche müsse für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung eintreten und „nahe an der Realität der Menschen, glaubwürdig und durchaus offensiv das Evangelium kommunizieren.“

Johannes Eißler (Evangelium und Kirche) verwies darauf, „dass die Evangelische Kirche nach dem zweiten Weltkrieg in einer Sondersituation war: Viele, die zuvor der Kirche den Rücken gekehrt hatten, kamen nun wieder zurück. Im Lauf der zurückliegenden Jahrzehnte hat diese überdurchschnittliche Kirchenverbundenheit wieder nachgelassen.“ 85 Prozent der Kirchenmitglieder vertrauten sowohl der Evangelischen Kirche als Institution als auch der Diakonie, erklärte Eißler: „Wir können nach wie vor in einem großen Maße prägend in dieser Gesellschaft wirken.“ Als alarmierend bezeichnete er die Situation bei der Weitergabe des Glaubens an künftige



Ein Kreuz aus Stahl, geschmiedet vom stellvertretenden Synodalpräsidenten Werner Stepanek als Geschenk der Synode an den Hospitalhof



Prof. Dr. Gerhard Wegner, Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland

Generationen: Zwar sagten 55 Prozent der unter 30-Jährigen, sie seien religiös erzogen worden. Nur die Hälfte von ihnen strebe aber eine religiöse Erziehung ihrer Kinder an: „Hier müssen wir gegensteuern“, forderte Eißler: „Wir brauchen eine neue evangelische Volksbildung. Wir müssen unseren Gemeinmitgliedern helfen, christliche Identität zu entdecken, zu entwickeln und zu gestalten.“

Willi Beck (Kirche für morgen) verlangte, die „Kultur geistlicher Kompetenz in pluralen Ausprägungen und Frömmigkeitsstilen“ zu fördern. Eine „lebenswelt- und milieuoorientierte Sprachfähigkeit des Kirchenvolkes“ müsse ausgebildet werden, unter anderem „durch Pfarrer und Pfarrerinnen als Trainer und Trainerinnen“. Geistliche Persönlichkeiten aus den unerreichten Lebenswelten und Milieus müssten gefunden, zugerüstet und ausgesandt werden. Schließlich ginge es auch „um finanzpolitische Entscheidungen zur Investition in differenzierte Mitgliedergewinnungs- und Mitgliederbindungsmaßnahmen“.

Viel mehr Kirchenverbundene als kirchlich Aktive

Herr Professor Wegner, woran liegt's, dass Sie gerade bei Kirchenmitgliedern mit hoher Bindung einen größeren Hang zur Patchwork-Religiosität festgestellt haben?

Gerade die hoch verbundenen Kirchenmitglieder sind ja bewusste Christenmenschen, die ihren Glauben selbstbewusst leben und begründen können. Deshalb glauben sie nicht nur die klassischen Glaubenthemen. Sie setzen sich auch mit anderen Religionen auseinander und finden dann das eine oder andere nicht schlecht, wie beispielsweise Meditationstechniken aus dem Buddhismus. Sie vollziehen einen praktischen Synkretismus, der für ihre Lebenswelt plausibel ist. Da spricht auch nichts dagegen, das haben Christenmenschen immer gemacht.

Wie erklären Sie sich die hohe Differenz zwischen der Zahl derjenigen, die sich ihrer Kirchengemeinde verbunden fühlen (44 Prozent), und der Zahl der „intensiven Kirchenmitglieder“ (13 Prozent)?

Der Kirche und der Kirchengemeinde sind sehr viel mehr Menschen verbunden als nur diejenigen, die intensiv religiös kommunizieren und leben. Da gehört diakonisches Engagement ganz stark dazu, aber auch kulturelles Engagement. Die religiöse Dimension ist eine wichtige, aber bei Weitem nicht die einzige.

Wie behält die evangelische Kirche auch künftig Attraktivität für ihre Mitglieder und Strahlkraft in der Gesellschaft?

Auf lokaler Ebene sind die Gemeinde als Begegnungsort und die Pfarrerinnen und Pfarrer als Kontaktpersonen die entscheidenden Faktoren. Ebenso wichtig ist das diakonische Engagement und die Hinwendung zu Familien, weil dort der Glaube weitergegeben wird. Wenn Sie diese vier Faktoren gewährleisten können, besteht die Chance, dass sich die Kirchenmitgliedschaft und die Weitergabe des Glaubens stabil halten. In der Gesellschaft sind Diakonie, Bildung und die Funktion der Religion als Rahmen und Begleitung zivilgesellschaftlicher Prozesse entscheidend, beispielsweise in der Notfall- oder Telefonseelsorge.

Nachtragshaushalt 2014 verabschiedet

Mit großer Mehrheit hat die Synode den Nachtragshaushalt 2014 in Höhe von rund 32 Millionen Euro verabschiedet. Diese Summe dürfe „im Sinne der Haushaltsordnung durchaus als erheblich angesehen werden“, sagte Kirchenoberverwaltungsrat Thorsten Jakob.

Davon sind 11,5 Millionen Euro Clearing-Zahlungen an die EKD. Außerdem enthält er 500.000 Euro für das erfolgreiche Diakonieprojekt Beschäftigungsgutscheine für Langzeitarbeitslose. Ein weiterer großer Posten sind mit rund 5,5 Millionen Euro Baumaßnahmen, etwa für die anteilige Finanzierung des Neubaus einer Gemeinschaftsschule auf dem Gelände der evangelischen Schulen am Firstwald in Mössingen oder Sanierungsarbeiten an der Evangelischen Fachschule für Sozialpädagogik Herbrechtingen. Zehn Millionen Euro werden für ein Projekt für einheitliche Pfarrplan-, Immobilien- und Strukturösungen der

Kirchengemeinden und Kirchenbezirke bereitgestellt, außerdem eine zusätzliche Pfarrstelle für Prädikanten-Ausbildung sowie verschiedene Maßnahmen zum Reformationsjubiläum finanziert.

„Der Umfang ist zu groß. Wir nehmen unsere ausführliche Haushaltsplanung im Herbst nicht ernst, wenn wir inhaltlich und damit häufig auch finanziell schwergewichtige Inhalte über Nachträge einsteuern“, betonte der Vorsitzende des Finanzausschusses Michael Fritz. Bei dem Strukturprojekt, dem Projekt „Zukunft Finanzwesen“ sowie den Geldern für das Reformationsjubiläum habe der Finanzausschuss auf eine Finanzierung aus den Rücklagen bestanden.

Auf Antrag des Theologischen Ausschusses hat die Synode beschlossen, dass der Beirat der Projektstelle „Neue Aufbrüche“ auch das Vergabegremium für die Mittel des Fonds „Neue Aufbrüche“ sein soll.

Der Antrag des Gesprächskreises „Offene Kirche“, die Stelle des Islambeauftragten dauerhaft zu 100 Prozent zu erhalten, wurde abgelehnt. Nach kurzer Debatte wurden die im Entwurf vorgesehenen 175.000 Euro für den zentralen Christustag genehmigt. Der von Anita Gröh (Offene Kirche) eingebrachte Antrag, diesen Betrag auf 80.000 Euro zu reduzieren, fand mit 44 zu 43 Stimmen bei einer Enthaltung keine Mehrheit.

Aktuelle Stunde: Synode diskutiert über Drohnen

Anfang Juli hat sich Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen für die Anschaffung bewaffnungsfähiger Drohnen für die Bundeswehr ausgesprochen. Dies nahm die Synode zum Anlass für eine kritische Diskussion im Rahmen der „Aktuellen Stunde“.

Ein Großteil der Synodalen äußerte sich in der Debatte kritisch gegenüber der Anschaffung bewaffnungsfähiger Drohnen. So betonte Dr. Karl Hardecker (Stuttgart): „Es spricht theologisch einiges dafür, dass wir als Kirche bewaffnete Drohnen ablehnen, damit deutlich wird: Die Schwelle zu Kampfeinsätzen muss hoch bleiben. Es muss immer einen Spielraum geben für Gespräche und Diplomatie.“ Auch Walter Keppler (Neckersulm) warnte: „Wenn die Tür zu den bewaffneten Drohnen jetzt geöffnet wird, kann man nicht abschätzen, wo das endet. Ich wünsche mir in unserem Land einen Konsens darüber, dass dies nicht geschehen soll.“ Für ein weltweites Verbot bewaffnungsfähiger Drohnen trat Elke Dangelmaier-Vinçon (Ludwigsburg) ein: „Die Menschheit hat es schon einmal beim Giftgas geschafft, Massenvernichtungswaffen aus dem Verkehr zu ziehen. Warum machen wir das nicht noch einmal?“ Dass die Kirche vor allem gegenüber der Politik ihre Stimme erheben müsse, betonte Martin Allmendinger (Denkendorf): „Ich möchte uns ermutigen, deutliche Worte zu finden, um der Politik klar zu machen, dass wir für den Frieden und das Bewahren von Menschenleben stehen. Wir sollten uns dafür einsetzen, dass Menschen nicht anonym – ja, dass sie gar nicht ermordet werden.“ Und Brigitte Lösch (Stuttgart) sagte: „Ich meine: Die Gefahr, unschuldige Menschen zu töten, ist zu groß. Die Auswahl der Ziele kann man nicht sicher begrenzen.“ Sie regte jedoch auch eine breite öffentliche Diskussion an: „Ich wünsche mir, dass wir die Debatte, ob Drohnen vor Tod schützen oder den Tod bringen, weiterführen – auch in unseren Kirchengemeinden. Es ist unsere Aufgabe als Christinnen und

Christen, diese ethische Diskussion zu führen.“ Die Verantwortung von Christinnen und Christen hob auch Franziska Stocker-Schwarz (Stuttgart) in ihrem Votum hervor: „Wir als Christen haben die Extramöglichkeit, aus der Friedensquelle Jesu Christi zu schöpfen. Christen können mit ihrem persönlichen Leben Friedensstifter sein.“ Aber es gab auch Stimmen, die die Anschaffung der Drohnen nicht gänzlich ausschließen wollten. Dekan Siegfried Jahn aus Blaufelden gab zu bedenken, dass militärische Gewalt als allerletztes Mittel zur Verfügung stehen müsse, um in einer „nichterlösten Welt“ Schlimmstes zu verhindern. „Anders können wir dem Frieden keinen Raum schaffen in einer Welt, wie sie ist.“ Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July warb am Ende der Debatte für mehr Friedensanstren-

gungen im Vorfeld von Auseinandersetzungen: „Wir müssen unsere Intelligenz, Finanzmittel und politische Kraft viel früher dazu einsetzen, dass kriegerische Konflikte erst gar nicht entstehen. Darum sollten wir uns auch als Kirche sehr dafür einsetzen, dass wir aus dem falschen Kreislauf militärischer Logik herauskommen.“ Der Landesbischof bezweifelte, dass es bei Kriegshandlungen tugendhafter sei, direkt im Bomber zu sitzen als weit entfernt, und bezeichnete diesen Aspekt der Debatte als nicht weiterführend. Doch zeigten Konflikte wie in Ruanda, Sudan und Nigeria, dass man auf militärische Polizeigewalt, wie sie in Blauhelmeinsätzen stattfände, als allerletztes Mittel nicht verzichten könne. Zu diskutieren sei vor allem, so July, „wann und in welcher Form dieses allerletzte Mittel einzusetzen ist“.



Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July:

„Ob es einen höheren Tugendgrad hat, wenn ein Bomberpilot im Flugzeug sitzt, ist fraglich.“

Kirchenwahl 2013: Zeichen der Stabilität

Die Ergebnisse der Kirchenwahl 2013 wurden wissenschaftlich untersucht: Das Lebensalter der Wahlberechtigten sowie die Größe der Kirchengemeinde haben Einfluss auf die Wahlbeteiligung.

Die Wahlbeteiligung bei der Kirchenwahl 2013 sei ein Zeichen für Stabilität, sagte Theologieprofessor Herbert Lindner aus Neuendettelsau. Er hatte die Wahlergebnisse im Auftrag der Landeskirche wissenschaftlich untersucht.

Neben Gemeindegliedern mit einer sehr engen Kirchenbindung gebe es auch solche, für die die Ortsgemeinde vor allem als Begleiterin in den Übergängen des Lebens oder bei der Gestaltung der Feste wichtig sei. Für sie sei die innere Organisation der Kirche wenig interessant.

Je kleiner eine Kirchengemeinde sei, je kleiner die Kommune sei und je mehr Evangelische in der Kommune lebten, desto höher sei die Wahlbeteiligung, erklärte der Theologe. Reichere und höher gebildete Menschen begriffen sich zudem eher als Teil des Gemeinwesens und beteiligten sich deshalb auch eher an Wahlen.

Die allgemeine Versendung der Briefwahlunterlagen habe den Gemeinden, die dies erstmals angeboten hatten, einen Zuwachs der Wahlbeteiligung um durchschnittlich zwei Prozentpunkte gebracht. Gemeinden, die dies nicht anboten, mussten dagegen Einbußen verzeichnen, führte der Theologe weiter aus.

Vermehrte Kommunikationsanstrengungen hätten Einbußen bei der Wahlbeteiligung auffangen können, berichtete Lindner. Dies sei ein Hinweis darauf, dass auch Gemeindeglieder mit enger Kirchenbindung der Pflege und der Aktivierung durch Kommunikation bedürften.

Bei der Untersuchung der Gesprächskreisergebnisse der Synodwahl fand Lindner heraus: Die Lebendige Gemeinde findet mehr Zustimmung in rein evangelischen und kleinräumigeren Gebieten, die Offene Kirche dazu komplementär mehr in der Diaspora von Ballungsräumen.

Die Wahlbeteiligung sei zudem Lebensalterspezifisch, so Lindner: Es gebe eine hohe Beteiligung der Jugend zwischen 14 und 17 Jahren, zwischen 21 und 35 sei sie am geringsten, dann stiegen die Werte wieder stetig bis zum Spitzenwert der über 65-Jährigen.

von Kirchengemeinden und Kandidaten sehr geschätzt worden und solle deshalb auch 2019 wieder angeboten werden.

Technik und Sicherheit einer Onlinewahl seien aus heutiger Sicht des Oberkirchenrats noch nicht ausreichend, sagte Duncker. Unabhängig



*Prof. Dr. Herbert Lindner,
Pfarrer i.R. der evang.-luth. Kirche in Bayern*

Oberkirchenrat Hans-Peter Duncker erklärte mit Blick auf die positiven Aspekte der allgemeinen Versendung der Briefwahlunterlagen: „Es liegt nahe, für die Kirchenwahl 2019 die allgemeine Zusendung der Briefwahlunterlagen verpflichtend zu machen.“ Dafür sprach sich auch Hellger Koeppf (Biberach) aus. Duncker empfahl zudem, die Werbung für die Teilnahme an der Wahl wieder zu verstärken, nachdem sie zuletzt reduziert worden sei zugunsten der gemeinsamen Erstellung und Verteilung der Wahlunterlagen für die Synodalkandidaten. Diese sei aber

davon sei eine weitere Verbesserung des durch EDV und Internet gestützten Angebots unabdingbar sowohl für die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer als auch für die Wählerinnen und Wähler, so Duncker. Wilfried Braun (Backnang) fragte, ob die Attraktivität des Ehrenamtes nicht erhöht werden könne, wenn klar sei, „dass für Wochenendtagungen kein Eigenbeitrag erhoben wird oder dass sich die Gewählten nicht zu Hausmeisterdiensten und Küchendiensten oder zum Austragen des Gemeindebriefs verpflichten“.

Kastrup nennt Finanzlage „recht entspannt“

Die Synode hat die Mittelfristige Finanzplanung 2014 bis 2018 zur Kenntnis genommen. „Die finanzielle Situation der Landeskirche ist recht entspannt“, erklärte Finanzdezernent Oberkirchenrat Dr. Martin Kastrup. Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Michael Fritz, warnte mit Verweis auf sinkende Mitgliederzahlen, mittel- bis langfristig stehe die Kirche vor „gewaltigen strukturellen Herausforderungen“. Der Antrag, ein verbindliches Immobilienkonzept für die Landeskirche zu erstellen, wurde in den Finanzausschuss verwiesen.

Über alle Ertragsarten hinweg erscheine die Lage „mittelfristig stabil“, erklärte Kastrup; die Kirchensteuer werde mit 645 Millionen Euro für 2015 sowie 675 Millionen Euro für 2016 als „weitgehend stabil auf hohem Niveau“ prognostiziert.

Die Rücklagensituation sehe – mit wenigen Ausnahmen – gut aus. So habe die Ausgleichsrücklage der Landeskirche im Vorjahr mit 258,8 Millionen Euro einen neuen Höchststand erreicht. 47,4 Millionen Euro seien 2014 bereits in andere Absicherungsrücklagen geflossen. Weitere 30 Millionen Euro seien 2015 zur Aufstockung der Pfarrbesoldungs- und Versorgungsrücklage vorgesehen. Gemessen am Ziel, 70 Prozent der Versorgungsverpflichtungen kapitalgedeckt zu

finanzieren, bestehe hier das größte Defizit der landeskirchlichen Rücklagen. 446 Millionen Euro an Beihilfeverpflichtungen für den Pfarrdienst im Ruhestand stünden derzeit maximal 66 Millionen Euro an Rücklagen und Stiftungsmitteln zur Verfügung.

Die Versorgungsverpflichtungen für den Pfarrdienst im Ruhestand ohne Beihilfen seien zu 59 Prozent abgedeckt, die Versorgungs- und Beihilfeverpflichtungen für Kirchenbeamte im Ruhestand sowie die Zusatzversorgungsverpflichtungen für landeskirchliche Angestellte zu 90 Prozent mit Kapital hinterlegt. Schwer zu kalkulieren sei dagegen die Gewährsträgerschaft der Landeskirche für diakonische Einrichtungen



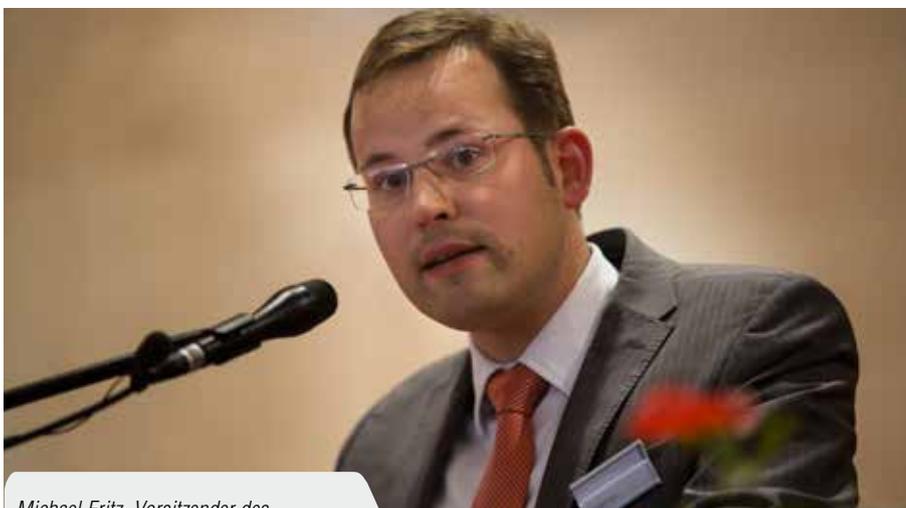
Finanzdezernent Oberkirchenrat
Dr. Martin Kastrup: „Entspannte Finanzlage.“

bei der Zusatzversorgungskasse. Bei den Immobilienrücklagen sei gegebenenfalls eine zeitlich begrenzte Unterstützung nötig.

Mindestens 75 Prozent der Aufwendungen seien Personalkosten. 57 Prozent des Haushalts entfielen auf den aktiven und den im Ruhestand befindlichen Pfarrdienst, 15 Prozent auf kirchliche Beamte und Angestellte, fünf Prozent seien als indirekte Personalkosten an landeskirchlichen Zuweisungen erhalten. Der Anteil der Versorgungslasten steige künftig. Nennenswert seien auch die laufenden Kostensteigerungen bei den landeskirchlichen Immobilien.

Die diesjährige Maßnahmenplanung sei aufgrund vieler lang laufender Projekte als „absolute Ausnahme“ anzusehen. Kastrup nannte insbesondere die Gelder für das Reformationsjubiläum (10 Millionen Euro), das bis zum Jahr 2023 geplante Projekt „Zukunft Finanzwesen“ (10,7 Millionen für die nächsten fünf Jahre) sowie das Projekt für integrierte Pfarrplan-, Immobilien- und Strukturösungen in Kirchengemeinden und -bezirken, auf das in der Mittelfristplanung zwölf Millionen Euro aus landeskirchlichen und 13 Millionen aus Mitteln der Kirchengemeinden entfielen.

„An vielen Stellen drängt sich der Eindruck auf, dass wir erhebliche Mittel zur binnenkirchlichen Selbstvergewisserung und Selbstdarstellung nutzen und die kirchendistanzierte und kirchenkritische Öffentlichkeit weniger



Michael Fritz, Vorsitzender des
Finanzausschusses: „Gewaltige strukturelle Herausforderungen.“

im Blick haben, mahnte der Vorsitzende des Finanzausschusses Michael Fritz. Aufgrund sinkender Mitgliederzahlen kämen auf die Kirche mittel- bis langfristig „gewaltige strukturelle Herausforderungen“ zu. „Wir müssen dem Thema Mitgliederbindung und -gewinnung eine deutlich höhere Bedeutung beimessen“, forderte Fritz. Es gelte, sich künftig auf wenige Projekte zu konzentrieren, den Aufbau der Rücklagen zur Altersversorgung, zur Beihilfe und für die „Diakonierisiken“ entschlossen umzusetzen.

Tobias Geiger mahnte im Namen des Gesprächskreises „Lebendige Gemeinde“ an, weitere Aufgaben zu reduzieren. Seinem Gesprächskreis gehe es darum, Strukturen zu vereinfachen und die Gemeinden vor Ort zu stärken, damit die Kirche in der Fläche präsent bleibe.

Für den Gesprächskreis „Offene Kirche“ sagte Elke Dangelmaier-Vinçon: „Immer neue Rücklagen werden uns keine neuen Mitglieder bescheren.“ Sie sprach sich dafür aus, die Kürzungsbeschlüsse für die Bereiche Frieden, Ökologie sowie den interreligiösen Dialog zurückzunehmen. Zudem bräuchten die Gemeinden mehr Geld, damit sie zukunftsfähige Strukturen und Konzepte erarbeiten könnten.

Der Gesprächskreis „Evangelium und Kirche“ trage den Aufbau der Rücklagen sowie die geplanten Investitionen mit, erklärte Dr. Harry Jungbauer. Die Kirche müsse aber handlungsfähig bleiben. Die Maßnahmen zur Stärkung von Mitarbeitenden in den Gemeinden seien ausbaufähig und eine Optimierung des Fonds- und Risikomanagements im Diakonischen Werk dringlich. Im Bildungsbereich könne man sich mehr vorstellen.

Der Gesprächskreis „Kirche für morgen“ stehe für „Aktion vor Reaktion“, betonte Kai Münzing. Er möchte die jährlichen Investitionsmittel bei zehn Millionen Euro belassen, den Verteilbetrag für die Kirchengemeinden jährlich um zwei bis drei Prozent steigern und den Gemeinden 2015 eine Sonderzuweisung in Höhe von 20 Millionen Euro zukommen zu lassen.

Auf dem Weg zum Reformationsjubiläum

Ein Ideenwettbewerb, ein Theologiekurs und Tagungen für kirchenleitende Gremien: Kirchenrätin Dr. Christiane Kohler-Weiß, seit 1. Februar 2014 Beauftragte der Landeskirche für das Reformationsjubiläum, hat die 500-Jahr-Feier schon jetzt fest im Blick. In der Synode berichtete sie von Ideen und Plänen.

Kohler-Weiß kündigte einen Ideenwettbewerb schon für 2015 an. Im Mittelpunkt sollen innovative Ideen zum Erreichen neuer Mitglieder aus unterschiedlichen Milieus stehen. Kirchenmitglieder, aber auch die breite Öffentlichkeit können Ideen einreichen. Die besten Projekte werden ausgewählt und zeitnah umgesetzt. Zusammen mit der badischen Landeskirche wird ein Ideenheft gestaltet, das Anregungen für Gottesdienste, thematische Veranstaltungen, Gemeindeprojekte, Gemeindefeste etc. vorstellt. Schon gedruckt und zum Verkauf bereit steht ein neuer Theologiekurs zum Thema „Reformationen. Hintergründe – Motive – Wirkungen“ der Evangelischen Erwachsenen- und Familienbildung in Württemberg. Mit ihm können Menschen in den nächsten

Jahren mit den Kernthemen der Reformation vertraut gemacht werden. Auch Tagungen für kirchenleitende Gremien sind in Vorbereitung, ebenso eine Homepage zur Vernetzung der stattfindenden Aktivitäten.

Neben der konkreten Projektarbeit sieht Kohler-Weiß einen Schwerpunkt ihrer Arbeit in der Unterstützung und Beratung von Institutionen in der Landeskirche: „Ich habe es mir persönlich zum Ziel gesetzt, dass das Jubiläum wirklich in der ganzen Landeskirche ankommt.“ Dazu besucht die Reformationsbeauftragte derzeit die Kirchenbezirke, um Impulse für die Gestaltung des Reformationsjubiläums zu geben.

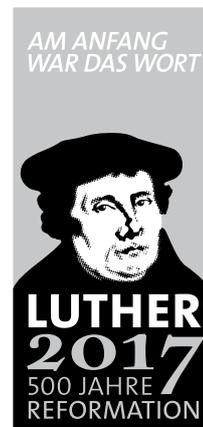
Sie will darauf hinwirken, dass es „nicht als lästige Pflicht wahrgenommen wird“. Vielmehr sollen die „Menschen in unserer Kirche und darüber hinaus das Reformationsjubiläum als Gestaltungsfreiraum entdecken“.

Doch es gibt auch noch offene Fragen: Wie kann das Jubiläum im gemeinsamen Feiern bzw. Gedenken mit der katholischen Kirche,

den orthodoxen Kirchen und den Freikirchen so begangen werden, dass die Ökumene nicht beschädigt wird? Wie können Kooperationen mit Kulturschaffenden gelingen? Und wie kann der Beitrag der Reformation für das öffentliche Leben und die säkulare Gesellschaft deutlicher sichtbar werden?

Letztere Frage nahm auch Tabea Dölker (Holzgerlingen) in der sich

anschließenden Aussprache auf und fragte: „Wie können wir die Projekte so zuspitzen, dass man in der Zivilgesellschaft erkennt, welche Entwicklungen die Reformation bis heute befördert hat?“ Willi Beck (Sulzbach/Murr) betonte, wie wichtig die Ausrichtung auf neue Mitglieder sei: „Wir wollen nicht uns selbst feiern, sondern mit denen, die uns fernstehen.“ Michael Fritz (Kornwestheim) mahnte schließlich Flexibilität an: „Wir müssen den Mut haben, die Maßnahmen, die angemeldet sind, immer wieder neu zu priorisieren und auch einmal eine zu streichen. Nur so können wir unsere Ressourcen sinnvoll konzentrieren.“





Luther fasziniert

Im Interview verrät Dr. Christiane Kohler-Weiß, was sie an ihrer Arbeit fasziniert – und warum sie ein Luther-Fan ist.

Bub: Frau Kohler-Weiß, was reizt Sie an Ihrer Aufgabe als Reformationsbeauftragte?

Dr. Christiane Kohler-Weiß: Ich bin zum einen Fan der Theologie Luthers. Ich lese seine Texte einfach gern. Und ich wünsche mir, dass wir uns von seinen Impulsen anstecken lassen. Zum anderen reizen mich die Gestaltungsmöglichkeiten, die ich als Reformationsbeauftragte habe. Ich habe unheimlich viele Ideen für tolle Formate und hoffe, dass ich die Möglichkeit bekomme, viele davon umzusetzen.

Bub: Was fasziniert Sie an Luther?

Kohler-Weiß: Vor allem sein Verständnis von christlicher Freiheit. Wir sind heute frei bis zum Abwinken. Wir dürfen alles. Und trotzdem begegne ich vielen Menschen, die irgendwelche Normvorstellungen verinnerlicht haben und sich unter Druck setzen: Man muss die perfekte Mama sein, den perfekten Körper haben etc. Ich erlebe den Glauben als Befreiung von allen diesen Zwängen: Ich darf einfach leben, ohne dass ich etwas leisten muss. Das ist für mich das, was Luther uns heute sagt.

Bub: Und was ist Ihr Lieblingsprojekt zum Reformationsjubiläum?

Kohler-Weiß: Das weiß ich noch nicht. Es sind zu viele. Mich fasziniert auf jeden Fall die Idee der Tagungen für kirchenleitende Gremien. Denn da stehen wirklich einmal die theologischen Inhalte im Fokus. Und ich freue mich auf die Perspektive der Öffnung, die der Ideenwettbewerb ermöglicht: Es können Ideen von außen kommen und er kann nach außen hin wirken. Da bin ich gespannt, was passiert.

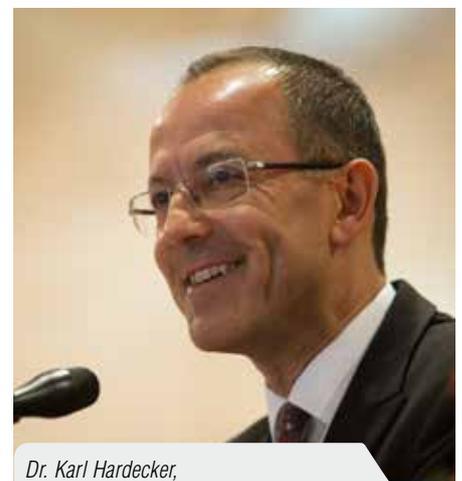
Bub: Vielen Dank für das Gespräch.

Neue Agenden für Taufe und Trauung

Als „dringend notwendig“ hat der Theologische Ausschuss die Überarbeitung der Trau- und Taufagenden eingestuft. Es bestehe Einigkeit darüber, „die Taufagende, nicht zuletzt aufgrund ihrer theologisch fundamentalen Bedeutung, zuerst in Angriff zu nehmen“, erklärte der Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Karl Hardecker, vor der Synode. Dabei sollen nach Möglichkeit Synergieeffekte mit der Taufagende, die derzeit von der VELKD erarbeitet wird, zum Tragen kommen.

Der Theologische Ausschuss will, so Hardecker weiter, die Arbeit der Liturgischen Kommission begleiten sowie grundsätzlichen Fragen nach der Bedeutung der Kasualien in unserer Gesellschaft nachgehen. Hardecker kündigte zudem an, dass ab Januar 2017 mit der Überarbeitung der Trauagende begonnen werden solle. Dem wurde von der Synode zugestimmt.

Auch die Einführungsagende steht zur Überarbeitung an. Dr. Harry Jungbauer (Schwäbisch Gmünd) plädierte in der Aussprache dafür, in diesem Zusammenhang auch Hilfen für Verabschiedungen, etwa die Entpflichtung von Pfarrern und Pfarrern oder die Verabschiedung von Kirchengemeinderäten, auszuarbeiten.



*Dr. Karl Hardecker,
Vorsitzender des Theologischen Ausschusses*



„... damit wir klug werden“:

Kirchentagspräsident Prof. Dr. Andreas Barner, Generalsekretärin Dr. Ellen Ueberschär und Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July bei der Präsentation der Losung für den Kirchentag 2015 in Stuttgart

Kirchentag in Stuttgart – der Countdown läuft

Landeskirchliches Team stellt Stand der Planungen für den Kirchentag 2015 vor – Kritik am Umgang mit messianischen Juden

Wenn man Stuttgarter fragt, was ihnen noch vom Deutschen Evangelischen Kirchentag 1999 in Erinnerung ist, gibt es meist eine Antwort: der Salzberg auf dem Schlossplatz. Was vom kommenden Kirchentag 2015 im Gedächtnis bleiben wird, muss sich erst noch zeigen. Unter dem Motto „... damit wir klug werden“ sind rund 2.000 Veranstaltungen geplant, die von 50 Projektgruppen vorbereitet werden, berichtete Pfarrer Wolfgang Kruse, der landeskirchliche Beauftragte für den Kirchentag 2015. Mehr als 100.000 Dauerteilnehmer würden erwartet, außerdem 50.000 Tagesteilnehmer. 50.000 Ehrenamtliche werden im Einsatz sein. Im Januar 2015 beginnt eine groß angelegte Privatquartierkampagne, um etwa 10.000 Privatquartiere in Stuttgart und Umgebung zu suchen. „Die Visitenkarte der Landeskirche ist der Abend der Begegnung am 3. Juni 2015, der Eröffnungsabend“, betonte Kruse. Er warb dafür, dass sich viele Gemeinden an diesem Straßenfest in der Stuttgarter Innenstadt beteiligen, zu dem bis zu 300.000 Besucher erwartet würden.

Ein Thema, das beim Kirchentag eine wichtige Rolle spielen werde, sei „Schuld und Versöhnung“, so Kruse. Es knüpft an das Stuttgarter Schuldbekennnis an, das sich 2015 zum 70sten Mal jährt. Des Weiteren gäbe es verschiedene Podien, u. a. zu den Themen „Migration und Menschenrechte“, „Nahostkonflikt“, „Streit um die Familie“ und „Gesellschaft verantwortet Wirtschaft“.

Die württembergische Landeskirche wird als Gastgeberin auch drei regionale Themenschwerpunkte einbringen: „Jugend“, „Stuttgarts Reichtum:

kulturelle und religiöse Vielfalt in der Region“ und „Evangelisch (nicht nur) in Württemberg“. Der Lenkungsausschuss der Landeskirche wählte diese drei Themen unter zehn Vorschlägen aus. In die inhaltliche Planung der Zentren sind verschiedene Gruppen und Einrichtungen, etwa das evangelische Jugendwerk, Gemeinden anderer Sprache und Herkunft, diakonische Einrichtungen oder der Christustag mit eingebunden. Auch die Kultur werde beim Kirchentag 2015 nicht zu kurz kommen. Ein regionaler Kulturbeirat hat zusammen mit Kunst- und Kulturschaffenden in Württemberg acht Sonderprojekte entwickelt. Positiv hervorgehoben wurde, dass auch die Synode in bestimmte Projektgruppen mit eingebunden sei, etwa im Rahmen des Zentrums „Evangelisch (nicht nur) in Württemberg“. Zur Debatte um die Mitwirkung messianischer Juden am Kirchentag erklärte Landesbischof July, dass auch sie beim Kirchentag „ihren Platz und ihre Stimme haben“. Er reagierte damit auf Kritik am Beschluss des Kirchentags, dass Organisationen messianischer Juden wie schon 1999 auch beim Kirchentag 2015 vom Markt der Möglichkeiten ausgeschlossen sind. Dies ginge auf den Protest jüdischer Gemeinden beim letzten Stuttgarter Kirchentag 1999 zurück. Kirchentagspräsident Professor Dr. Andreas Barner nannte zuvor in einem Grußwort an die Synode die Kirchentagsgäste „Mitglieder des ökumenischen Bauteams Gottes an einer weltumspannenden Kathedrale“. Barner betonte: „Wir werden ein gemeinsames Fest des Glaubens feiern.“

Beschäftigungsgutscheine für Langzeitarbeitslose

„Ein Erfolgsmodell der Landeskirche“ nennt es Oberkirchenrat Dieter Kaufmann: Die Landessynode ermöglicht Kirchengemeinden, ein Zeichen der Verbundenheit mit langzeitarbeitslosen Menschen zu setzen. Damit wirkt sie in Gesellschaft und Politik hinein mit der Botschaft: Wir brauchen öffentlich geförderte Beschäftigung.

Die in der Herbstsynode beschlossene Unterstützung für das erfolgreiche Projekt „Beschäftigungsgutscheine für Langzeitarbeitslose“ wird fortgesetzt. Im Nachtragshaushalt 2014 hat die Landessynode weitere 500.000 Euro beschlossen und für 2015 weitere Förderung in Aussicht gestellt. „Die Nachfrage war so groß, dass schon nach wenigen Monaten die Mittel gebunden waren“, berichtete der Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg, Oberkirchenrat Dieter Kaufmann. Er betonte, der evangelischen Kirche sei es ein Anliegen, dass Menschen nicht abgeschrieben werden. „Deshalb kämpfen wir für öffentlich geförderte Beschäftigung.“ Kirchengemeinden unterstützen mit dem Projekt stundenweise Menschen, die der Arbeitsmarkt nicht aufnimmt. Zudem sensibilisiert es die Gemeinden für die Probleme Langzeitarbeitsloser. Dies zu betonen war in der Aussprache auch Christiane Mörk (Brackenheim) wichtig.

Kaufmann berichtete zum Beispiel von Herrn E., der durch einen Beschäftigungsgutschein für einige Stunden für Hausmeistertätigkeiten angestellt werden konnte. „Es ist ein gutes Gefühl, gebraucht zu werden“, sagt Herr E. „Ich habe hier eine zweite Chance bekommen. Die will ich nutzen.“ Nun hat er die Aussicht, in der Gemeinde eine Festanstellung zu bekommen. Eine Frau freute sich: „Ich fühle mich so befreit,

nichts mehr mit der Arbeitsagentur zu tun zu haben. Ich verdiene mein Geld selbst, brauche mich nicht mehr für alles rechtfertigen. Die Arbeitsgebiete bereichern mein Leben und ich kann selbst auch etwas zurückgeben. Auch mein Sohn ist sehr stolz, dass seine Mama arbeitet. Das Gefühl der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben tut einfach gut.“

Kaufmann betonte, dass die Württembergische Landeskirche hier beispielhaft vorangehe. „Ein herausragendes Zeichen, das wir hier geben. Andere Landeskirchen überlegen, ob sie das auch machen.“

13 Synodale betonten einhellig die Wichtigkeit dieses Projekts und den Willen, es weiter zu unterstützen. Götz Kanzleiter (Ostelsheim) sprach von einem „klasse Konzept, das noch in allen Gemeinden ankommen muss“. Markus Mörke (Münsingen) sprach für den Ausschuss Diakonie: „Wir befürworten die Weiterführung! Diese Initiative hilft konkret und unbürokratisch Betroffenen.“ Hans Veit (Knittlingen) schlug vor, das Konzept weiterzuentwickeln: „Wir brauchen auch öffentlich geförderte Beschäftigung für Jugendliche im Übergang zur Arbeitswelt. Es wäre schön, wenn das Förderprogramm auch hier greift.“



Oberkirchenrat Dieter Kaufmann,
Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werkes Württemberg

Besuchen Sie die Evangelische Landeskirche in Württemberg im Internet:

www.elk-wue.de

www.ich-glaub-schon.de

www.facebook.com/elkwue

www.twitter.com/elkwue



EVANGELISCHE LANDESKIRCHE
IN WÜRTTEMBERG



Synodic Viewing: Fast hätten die Synodalen

die Tagesordnung am Freitagabend rechtzeitig zum Anpfiff des Viertelfinalspiels der Fußball-Weltmeisterschaft abgearbeitet. Mit leichter Verspätung haben dann alle das Spiel Frankreich gegen Deutschland beim „Synodic Viewing“ verfolgen können.

Arbeit für Ausschüsse

Innerhalb der vom Ältestenrat gesetzten Frist gingen 14 Selbstständige Anträge ein, die bei der Sommertagung der 15. Württembergischen Landessynode in die Ausschüsse verwiesen wurden. Dabei ging es unter anderem darum, das Gustav-Adolf-Werk zu unterstützen, das Gemeindepfarramt zu entlasten und Eltern von Kindergartenkindern einen Newsletter zur Verfügung zu stellen, in dem sie auf Bildungsangebote der Landeskirche aufmerksam gemacht werden. Alle Anträge in der Übersicht finden Sie hier.

Antrag 21/14 Dem Gustav-Adolf-Werk Württemberg sollen 250.000 € zur Unterstützung protestantischer Auslandsgemeinden zur Verfügung gestellt werden. Der Antrag wurde an den Finanzausschuss unter Beteiligung des Ausschusses für Mission, Ökumene und Entwicklung verwiesen. 23/14 Eine Darstellung der Kosten soll erarbeitet werden, die die erbrachten Leistungen im Haushaltsplan dort ansiedeln, wo sie entstehen. Der Antrag wurde an den Strukturausschuss unter Beteiligung des Finanzausschusses verwiesen. 33/14 Das Gemeindepfarramt soll von Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Der Antrag wurde an den Finanzausschuss unter Beteiligung des Strukturausschusses verwiesen. 22/14 Um staatliches Recht auch innerhalb der kirchlichen Rechtsordnung zu garantieren, müsse § 2 des Kirchenverfassungsgesetzes angepasst werden. Der Antrag wurde an den Rechtsausschuss verwiesen. 24/14 Wenn die Kriterien für den PfarrPlan 2024 weiterentwickelt werden, sollen dabei neue Berufsfelder und -formen bedacht werden. 25/14 Modelle der Zusammenarbeit der Kirchenbezirke auf Landkreisebene sollen ebenfalls weiterentwickelt werden, um sicherzustellen, dass Aufgaben bestmöglich wahrgenommen werden können. 32/14 Strukturen, die innovatives missionarisches Handeln befördern und stärken, sollen erprobt und ermöglicht werden.

34/14 Kirchenbezirke sollen mehr Freiräume erhalten, um neue Gemeindeformen zu unterstützen. Alle vier Anträge wurden an den Strukturausschuss verwiesen. 27/14 Eine landeskirchliche Einbindung von neuen Gemeindeformen und Aufbruchinitiativen soll auf den Weg gebracht werden. Der Antrag wurde an den Strukturausschuss unter Beteiligung des Rechtsausschusses verwiesen. 26/14 Ein Newsletter für Kindergarteneltern, in dem auf Bildungsangebote der Landeskirche aufmerksam gemacht wird, soll Interessierte unterstützen. 31/14 Der Ausschuss für Bildung und Jugend soll sich über die Ergebnisse der Studie zur Kinder- und Jugendarbeit in der Evang. Landeskirche beraten lassen. Die Anträge wurden an den Ausschuss für Bildung und Jugend verwiesen. 28/14 Die Sinus-Kirchenstudie „Evangelisch in Baden und Württemberg“ soll der Synode sowie weiteren Interessierten bereitgestellt werden. Der Anträge wurde an den Ausschuss für Kirche, Gesellschaft und Öffentlichkeit verwiesen. 29/14 Die Erarbeitung eheunterstützender Maßnahmen soll helfen, Ehe und Familie als Kernzelle unserer Gesellschaft zu stärken. 30/14 Maßnahmen zur Persönlichkeitsentwicklung während des Studiums sollen auf die Herausforderungen des Pfarrberufes vorbereiten. Der Anträge wurden an den Theologischen Ausschuss verwiesen.

Strukturausschuss gewählt

Die Landessynode hat beschlossen, einen elfköpfigen Strukturausschuss zu bilden. Dieser soll sich mit der Entwicklung zukunftsorientierter PfarrPlan-, Immobilien- und Strukturlösungen für Kirchengemeinden, Kirchenbezirke und die Landeskirche beschäftigen und dabei eng mit dem oberkirchenrätlichen Projekt zu diesen Themenkreisen verzahnt sein. In diesen Ausschuss wählte die Synode Matthias Hanßmann (Vorsitzender), Dr. Martin Plümicke (stellv. Vorsitzender) sowie Michael Fritz, Philippus Maier, Andrea Bleher, Dr. Friedemann Kuttler, Dr. Karl Hardecker, Elke Dangelmaier-Vinçon, Eva Glock, Ernst-Wilhelm Gohl und Martin Allmendinger.

Weg zu Gerechtigkeit und Frieden

Bei seiner Vollversammlung unter dem Motto „Pilgerreise der Gerechtigkeit und des Friedens“ im südkoreanischen Busan im vergangenen Herbst mahnte der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) einen gerechten Frieden unter den Völkern an, um menschliches Leben zu schützen, und erinnerte an die Ungleichheit zwischen Arm und Reich. Weiter bekräftigte der Rat das ökumenische Engagement für Klimaschutz. In seinem Bericht an die Synode betonte Harald Kretschmer, dass die Württembergische Landeskirche diesen Pilgerweg engagiert mitgehen wolle und solle. Es sei ein wichtiger Schritt, dass die Landessynode in der Reformationsdekade 2016 einen Schwerpunkttag zum Themenkreis Gerechter Frieden und Eine Welt veranstalte, bei dem es um Armut, Flucht, Asyl, Waffenrüstung und Klimagerechtigkeit gehen werde.

Die internationalen kirchlichen Bünde seien trotz ihrer Vielfalt in ihrer prophetischen Deutlichkeit den regionalen Kirchen oft Jahrzehnte voraus. Prophetisch, so Kretschmer, meine ja nicht, die Zukunft vorauszusagen, sondern bezeichne ein „lebendiges und kraftvolles Reden und Handeln“. Württemberg sei in dieser Bewegung der weltweiten Kirche recht stark vertreten, auch durch die Vize-Präsidentschaft von Landesbischof July im Lutherischen Weltbund. Kirchenrat Klaus Rieth berichtete, dass rundweg positiv zur Kenntnis genommen worden sei, dass die Landeskirche durch Entsendung einer Besuchergruppe hohes Interesse an der Arbeit des ÖRK zeige. „Die Württembergische Evangelische Landeskirche braucht den Ökumenischen Rat der Kirchen“, so Rieth. Trotz zahlreicher Mängel in der Organisation, erschwelter Zusammenarbeit der Kirchen untereinander und erheblicher theologischer Differenzen sei eine Alternative nicht in Sicht. Deshalb sollen auch in Zukunft die Mitwirkungsmöglichkeiten im ÖRK verstärkt genutzt werden.

Impressum

Herausgeber: Evangelisches Medienhaus GmbH
 Redaktion: Oliver Hoesch (verantwortlich), Stephan Braun, Ute Dilg, Nadja Golitschek, Anna Görder, Sabine Löw, Jens Schmitt, Peter Steinle
 Fotos: Gottfried Stoppel (Seite 1, 2, 4, 6, 8-10, 12), Jens Schmitt (Seite 2, 5, 11)
 Layout, Herstellung: Evangelisches Medienhaus GmbH, Augustenstraße 124, 70197 Stuttgart
 „beraten & beschlossen“ wird nach Tagungen der Landessynode erstellt. Es ist kostenlos zu beziehen bei: Evangelisches Medienhaus GmbH, Augustenstraße 124 | 70197 Stuttgart
 Fon 0711 22276-58 | Fax 0711 22276-81
 kontakt@elk-wue.de | www.elk-wue.de



Die nächste Synodaltagung

findet vom 24. bis 27. November 2014 im Hospitalhof Stuttgart statt



EVANGELISCHE LANDESKIRCHE
IN WÜRTTEMBERG